

Neues Deutschland, 21.04.2001

Ein verhängnisvoller Aderlass

Zum 55. Jahrestag der Gründung der SED, Von Wilfriede Otto

Der Volksmund sagt: Die Zeit heilt alle Wunden. Dem scheint jedoch nicht so. Etliche Erfahrungen jüngster Zeitgeschichte sprechen dagegen. Dies und jenseits der ehemaligen Fronten des Kalten Krieges werden noch heute die vor Jahrzehnten geschlagenen Wunden geleckt. Altes und aktuelles Beispiel: der Zusammenschluss von KPD und SPD am 21./ 22. April 1946 und damit im Zusammenhang stehende Folgeereignisse.

Wahrlich, es gibt nichts zu verniedlichen, und es ist keinerlei Rechtfertigung angebracht, wo Unrecht geschehen und Gewalt angetan wurde. Geschichtliche Irrtümer und aus der Zeit geborene Fehlentscheidungen sind hingegen schwerlich zu verdammen, können lediglich bedauert und müssen für künftiges Handeln bedacht werden. Agierende Personen sind in ihrem jeweiligen historischen Umfeld zu sehen, Prägungen und Einflüsse durch verschiedene Lebenswege sowie internationale Vorgänge zu beachten.

Es ist verständlich, dass einem solchen Ansatz in Bezug auf Betrachtung und Bewertung des Zusammenschlusses von KPD und SPD 1946 und den in den folgenden Jahren unternommenen, teils verhängnisvollen Weichenstellungen treu zu bleiben, schwer fällt. Zeitzeugen haben die unterschiedlichsten Erfahrungen gemacht - nicht nur jene aus dem sozialdemokratischen Lager. Es gebietet die Fairness, daran zu erinnern, dass auch Kommunisten, Mitgliedern der KPD der KPD (Opposition) und anderer linker marxistischer Organisationen in der sowjetischen Besatzungszone Unrecht widerfuhr.

Die Hoffnungen auf eine demokratische sozialistische Partei, die am 21./ 22. April 1946 die über tausend Delegierte von KPD und SPD im Admiralspalast (Deutsche Staatsoper) in Berlin vereinten, erstarrten Anfang der 50er Jahre im stalinistischen Prokrustesbett. Dabei hatte alles vielversprechend und feierlich begonnen. Zur Eröffnung des Gründungsparteitages der SED erklang die Fidelio-Ouvertüre. Porträts von Marx, Engels und Bebel prangten an der Stirnseite des Tagungssaals. Jeder Delegierte bekam eine Buchkassette mit der «Geschichte der KPdSU (B)», dem Manifest der Kommunistischen Partei, der Engels-Schrift «Der Deutsche Bauernkrieg», Lenins «Zwei Taktiken der Sozialdemokratie» und anderen Publikationen geschenkt. Als gleichberechtigte Vorsitzende der neuen Partei waren der Sozialdemokrat Otto Grotewohl und der Kommunist Wilhelm Pieck gewählt worden. Ein pluralistischer Ansatz, der nur taktischem Kalkül folgte?

Die Chance, ein neues Parteiverständnis zu entwickeln, das sich aus den Erfahrungen der sozialdemokratischen wie kommunistischen Strömung speisen sollte, war gegeben. Die Ansicht des ehemaligen Sozialdemokraten Otto Buchwitz, dass die Vereinigung der Arbeiterparteien «eine zwingende Notwendigkeit ist angesichts der gegenwärtigen Aufgaben» und für «die Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung», entsprach der Überzeugung der Mehrheit der Mitglieder beider Parteien, die sich auch noch im ersten Parteiprogramm, in den «Grundsätzen und Zielen», sowie im ersten Statut der SED widerspiegelte. Die SED als erste vereinigte sozialistische Partei in Europa sollte nach Vorstellung des Kommunisten Franz Dahlem auch den Einheitswillen aufgreifen, der sich in den gemeinsamen Aktionen von Kommunisten und Sozialdemokraten in anderen westlichen Ländern zu bekräftigen schien.

Knapp ein halbes Jahrzehnt danach schienen diese Erwartungen politische Fata Morgana geblieben zu sein. Das Ende diskreditiert nicht zwangsläufig den Anfang. So charakterisierte denn auch der deutsch-amerikanische, in Westberlin seit Jahrzehnten lebende und lehrende Historiker Harold Hurwitz, dem man wahrlich nicht unterstellen kann, ein Freund der SED gewesen zu sein, die Haltung der den Zusammenschluss bejahenden Sozialdemokraten als «conditio human».

Es wäre anmaßend, die zirka 680 000 SPD-Mitglieder und 620 000 KPD-Mitglieder, die sich im April 1946 zur SED zusammenschlossen, wie auch die vielen neuen jungen Mitstreiter, die diese Partei in der Folge rasch gewann, in einen Topf zu werfen und sie ihrer ursprünglichen Motivation aus geschichtlicher Erfahrung zu berauben. Geschichte verstrickte Hoffnungen mit konträren politischen Fügungen. Gravierend waren vor allem die Besatzungsbedingungen in Deutschland und der Druck Moskaus. Schon am 23. Januar 1946 war von der sowjetischen Administration vorgegeben worden, den «1. Mai als Feiertag der Vereinigung» zu begehen. Auf dem II. Parteitag der SED 1947 sprach sich Oberst Tjulpanow gegen jegliche nationalen Wege zum Sozialismus aus und forderte von der deutschen Partei, neben Marx und Engels stärker auch Lenin und Stalin als Theoretiker anzuerkennen. Zäsurbildend war der strategische Kurs auf Vor dem Tagungsgebäude die Transformation der SED zu einer «Partei neuen Typus» seit Mitte 1948. Großen Einfluss auf Werdegang und Profil dieser hatten zudem im Moskauer Exil geprägte Kader. So blieben Grundprobleme zur Entwicklung eines wahrhaft neuen, demokratisch-sozialistischen Parteiverständnisses ungelöst. Es kam nicht zur Abschüttlung Stalinscher Erblasten. Getreu wurde das Parteimodell der KPdSU angenommen. Die beschworene Anerkennung des zweiten Hauptstroms der Arbeiterbewegung als gleichberechtigten Partner wurde nicht eingehalten. Nicht ohne Wirkung auf diese gravierende Entwicklung war die antisowjetische und antikommunistische Propaganda in den Westzonen. Vor allem das Zerschlagen des alliierten Bündnisses, Shdanows «Zwei-Lager Theorie» und die ersten Schritte zur Spaltung Deutschlands von den Westmächten und westdeutschen Politikern zeitigten fatale Auswirkungen.

Trotzdem, das Wort «Zwangsvereinigung» aus dem Munde von Betroffenen sollte keine Verurteilung erfahren. Selbst wenn dieses vom Wesen des vielschichtigen historischen Vorgangs abstrahiert, bleibt Tatsache, dass es schon auf dem Weg zur SED politische Täuschung, Nötigung, Zwänge und Repressionen gegeben hat. Ein politisch instrumentalisiertem Umgang mit dem Wort bringt jedoch keinerlei historische Klärung.

Die Entwicklung der SED seit Ende der 40er Jahre schöpfte nicht mehr aus Gemeinsamkeiten im historisch-kritischen und aktuell-politischen Verständnis der Mitglieder aus den beiden Strömungen der Arbeiterbewegung und vollzog sich nicht mehr in pluralen Bahnen. Diese Partei hatte nur noch wenig gemeinsam mit der im April 1946 gegründeten. Die Empfindungen Zehntausender Mitglieder, die sich nun enttäuscht von der Partei abwandten, fasste Erich Gniffke bei seinem Austritt im Oktober 1948 zusammen, als er betonte, dass er aus der «Partei neuen Typus», nicht aus der SED ausgetreten sei.

Es erscheint schizophoren, dass trotz der zahlreichen Austritte seit Ende der 40er Jahre die Partei mit den von Stalin kopierten «Säuberungen», genannt Mitgliederüberprüfungen, noch mehrmals zur Ader gelassen wurde. Alte Feindbilder aus der Zeit der Weimarer Republik wurden wiederbelebt. Als verdächtig galten ehemalige Sozialdemokraten, kritische Kommunisten, ehemalige Mitglieder der KPD(O), der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) oder des Leninbundes. Misstrauen schlug den aus westlicher und jugoslawischer Kriegsgefangenschaft Zurückgekehrten entgegen. Trotzlisten, Titoisten und Westemigranten wurden als «Agenten» denunziert. Die «Überprüfungen» betrafen nicht nur die SED und Massenorganisationen, sondern erfassten auch die Polizei und die staatlichen Organe. Eine unglaubliche Selbstbeschneidung, kreative Potentiale gingen verloren.

Durch Flucht, Austritt, Ausschluss und Haft war bis Anfang der 50er Jahre die Mehrzahl der Sozialdemokraten aus der Gründerzeit wieder ausgeschieden. Anfang 1954 waren in der SED noch etwa 250 000 ehemalige Sozialdemokraten Mitglieder der SED. Trotz 200 000 Neuaufnahmen sank die Stärke der SED von etwas über 1,7 Millionen Mitgliedern im Januar 1949 auf knapp 1,2 Millionen im Dezember 1951, mehr als 160 000 verließen allein 1951 die Reihen. Seit 1948 waren cirka 5000 ehemalige Sozialdemokraten, vor allem als Schumacher-Agenten beschuldigt, durch sowjetische Militärtribunale bzw. DDR-Gerichte zu hohen Strafen verurteilt worden; von ihnen verstarben rund 400 in sowjetischen Zwangsarbeitslagern und Zuchthäusern der DDR. Im Sommer

1956 kamen in der DDR 691 Sozialdemokraten und 86 ehemalige SED-Funktionäre frei.

Selbst führende Funktionäre waren schließlich machtlos. So setzte sich Pieck, der 1948 meinte, dass zu wenige in der SED von der «Notwendigkeit der Vereinigung» überzeugt seien, später für die Brüder Wieland Herzfelde und John Heartfield, die aus der Partei als «Sicherheitsrisiko» ausgeschlossen bzw. nicht aufgenommen worden waren, vergeblich ein.

Ideologische Prämissen, Parteimechanismen, strenge Disziplinierung, ein jegliche Individualität und Vielseitigkeit unterdrückender und verdrängender blinder Glaube an d i e Partei und schon zutiefst verinnerlichter Opportunismus untergruben die Möglichkeit zur Veränderung. Damit waren Weichen gestellt, die sich letztlich auch auf das Schicksal der ver suchten sozialistischen Alternative auf deutschem Boden auswirken mussten - trotz aufopferungsvollem gemeinsamen Engagements der SED-Mitglieder und anderer DDR-Bürger für ihren Staat. Die Entschuldigung auf dem Sonderparteitag der SED/PDS im Dezember 1989 beim Volk der DDR dafür, dass «die ehemalige Führung der SED unser Land in eine existenzgefährdende Krise geführt hat», zielte auch auf jenen Zusammenhang.

All dies sollte bedacht werden, wenn heute der 55. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD zur Diskussion steht. Und mögen auch unausgestandene Probleme innerhalb der PDS evident sein, so seien auch die von dieser Partei seit über einem Jahrzehnt ausgehenden Zeichen eines neuen historischen Selbstverständnisses nicht übersehen, wie etwa schon jene Erklärung der Schiedskommission vom 30. April 1990, in der sie die politische Rehabilitierung aller ehemals verfolgten Sozialdemokraten mitteilte. Sich vor den Betroffenen, Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilose, die Repressalien erlitten hatten, zu entschuldigen, versteht sich auch als «conditio human» und beweist verantwortungsvollen Umgang mit Geschichte.

Die Berliner Historikerin ist Mitglied des Sprecherrates der Historischen Kommission der PDS und Mitherausgeberin der Publikation «Visionen. Repression und Opposition in der SED 1949-1989».